

Mehrere Tausend Einwendungen übergeben

Etwa 20 Bürgerinitiativen haben ihren Protest gegen Windkraftpläne direkt in das Regierungspräsidium Darmstadt getragen

Main-Kinzig-Kreis (re). Vertreter von etwa 20 Bürgerinitiativen aus dem Odenwald und dem Spessart, dem Main-Kinzig-Kreis und der Wetterau haben am vergangenen Dienstag ihren Protest direkt ins Regierungspräsidium Darmstadt getragen – mit im Gepäck nach Angaben des Regierungspräsidiums über 9000 Stellungnahmen von Bürgern gegen den sogenannten Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE). Er sieht zusätzlich zu den 224 Windkraftanlagen, die in Südhessen bereits genehmigt wurden beziehungsweise in Betrieb sind, weitere 500 Anlagen alleine für den Main-Kinzig-Kreis vor.

Der zuständige Abteilungsleiter Dr. Helmuth Beck sah sich am Dienstag entsprechend mehreren großen Rollkoffern gegenüber, de-

ren Inhalt von seinen Mitarbeitern auf mehrere Handwagen umgeladen werden musste.

Vorausgegangen war der Übergabe ein einstündiges Gespräch zwischen den etwa 50 Vertretern der Bürgerinitiativen und Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid, das stellenweise sehr emotional, dennoch sehr sachlich geführt worden sei, wie die Bürgerinitiativen mitteilen. Während die Sprecher der Bürgerinitiativen vor allem die raumgreifende Naturzerstörung durch den Bau und Betrieb der Windkraftanlagen in teilweise geschützten Natura 2000- und FFH-Gebieten beklagt und darüber hinaus die Eignung der Windkraft für eine Energiewende grundsätzlich angezweifelt und kritisiert hätten, dass bestehende Gesetze zum Schutz von Mensch und Natur zugunsten der Energie-

lobby massiv gebeugt würden, habe Lindscheid ausschließlich systemimmanent argumentiert, den TPEE als Verhinderung eines möglichen Wildwuchses von Windkraftanlagen verteidigt und die Verantwortung in Teilen dem Gesetzgeber auf Bundesebene zugeschoben.

Auf Nachfrage habe Lindscheid bestätigt, dass die Einspruchsfrist für den TPEE bis zum 14. Juli verlängert worden sei, da der Stadt Offenbach bei der Offenlegung der Unterlagen ein Fehler unterlaufen sei. Was zunächst wie Zeitgewinn für die Gegner der Windkraftanlagen aussehe, werfe beim zweiten Hinsehen Zweifel auf, ob es sich in Offenbach wirklich um ein Versehen gehandelt habe. Denn so verzögere sich die Bearbeitung der Stellungnahmen voraussichtlich bis Mitte 2018, sodass



Dr. Helmuth Beck, Abteilungsleiter für Regionalplanung, Bauwesen, Wirtschaft und Verkehr im Regierungspräsidium Darmstadt (vorne, 3. v. r.), mit Rolf Zimmermann (vorne, 2. v. rechts), Vorstandsmitglied Vernunftkraft Hessen. FOTO: RE

die Regionalversammlung Südhessen nicht mehr vor den hessischen Landtagswahlen über den

TPEE entscheiden könnte. „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“, schließt die Bürgerinitiative.

815 F102.9.7 ZNG